

A m t 11

## Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat      Ortspolizeibehörde  
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher A 11 BremBesG

Funktionsbezeichnung bisher      Polizei-/Kriminalhauptkommissar:in

<input type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text" value="3"/>
<input type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input checked="" type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/> )	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		A 12 BremBesG	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		Polizeihaupt-/Kriminalhauptkommissar:in	
Befristung bis		<input type="text"/>	

**Auswirkung auf den Personalhaushalt:**

Ausgaben/Einsparung pro Jahr: ☐ (wird von Amt 11 ausgefüllt)  
haushaltsneutral, weil: ☐

### Finanzierung:

Kommunal: ☐ durch Dritte: ☒

### Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:	Land Bremen
Finanzierungsanteil:	<input type="checkbox"/>
verbleibender kommunaler Anteil:	<input type="checkbox"/>
Einnahme-Haushaltsstelle:	<input type="checkbox"/>

## **Begründung:**

Nach Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst im Lande Bremen, die im Jahre 2009 vollständig umgesetzt wurde, ist die Besoldungsstruktur (Planstellen der Polizeivollzugsbeamt:innen) noch immer nicht an die entsprechenden Funktionsstellenbewertungen angeglichen. Es ergibt sich daher die dringende Notwendigkeit, die Besoldungsstruktur der Polizeien im Lande Bremen weiter anzupassen.

Die Polizei Bremen plant, wie in den vergangenen Jahren, zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin (31.12.2025) mindestens 75 Stellenhebungen und Beförderungen für den Polizeivollzugsdienst der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt.

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 der Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2025 ist der Personal- und Organisationsausschuss ermächtigt, Stellenhebungen im laufenden Haushalt zu beschließen. Voraussetzung ist ein unabweisbarer (aus rechtlichen, vertraglichen oder anderen Gründen sachlich erforderlich) und nicht bis zum Inkrafttreten des nächsten Haushalts aufschiebbarer Bedarf sowie ein Finanzierungsvorschlag.

Auch bei der Polizei Bremerhaven bestehen weiterhin Unterdeckungen in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt. Um diese abzubauen und entsprechende Beförderungen zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin vornehmen zu können, sollen insgesamt 15 Stellenhebungen in der obigen Laufbahngruppe vorgenommen werden. Die Hebungen teilen sich wie folgt auf:

- 6 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach A 10 BremBesO
- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach A 11 BremBesO
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach A 12 BremBesO
- 1 Stellenhebung von Besoldungsgruppe A 13 BremBesO nach A 14 BremBesO

Die Anzahl der Hebungen in den einzelnen Besoldungsgruppen richtet sich nach dem Grad der Unterdeckung in den einzelnen Besoldungsstufen.

Für die Stellenhebungen besteht ein unabweisbarer Bedarf, da ein Verzicht eine Ungleichbehandlung der Bremerhaven Polizist:innen gegenüber den Bremer Polizist:innen darstellen würde.

Aufgrund der Ungewissheit, wann der Haushalt 2025 für Bremerhaven und damit ein Stellenplan, der die notwendigen Stellenhebungen enthält, in Kraft tritt, kann der Haushalt 2025 nicht abgewartet werden.

Die dargestellten Stellenhebungen sind mit dem Senator für Inneres und Sport abgestimmt. Die Finanzierung ist sichergestellt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die o. g. Stellenhebungen unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Personal- und Organisationsausschusses zur Kenntnis.

**Stellenbeschreibung (soweit erforderlich:** ☐ **siehe Anlage)**

**Pflichtaufgabe:** ☐ Nein ☐ Ja - Rechtsgrundlage: ☐

☐

Dezernent/in

**M a g i s t r a t**  
**11**

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-  
und Organisations-  
ausschuss erforderlich

zurückgestellt  
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der  
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☐☐☐☐

Beschluss des Personal- und  
Organisationsausschusses

☐☐☐